



Sitzungsperiode: 2019-2020
Datum: 15. September 2020

**RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DAS FÖDERALE PARLAMENT UND DIE FÖDERALE
REGIERUNG, DAS PARLAMENT UND DIE REGIERUNG DER WALLONISCHEN
REGION UND DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUM
AUSBAU DER INTERNETVERBINDUNG UND DES GLASFASERNETZES IM NORDEN
UND SÜDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

EINGEREICHT VON:
Herrn M. BALTER, Herrn A. MERTES und Frau D. STIEL

INHALTSVERZEICHNIS

Begründung.....	3
Resolutionsvorschlag	5

BEGRÜNDUNG

Seit mehreren Jahren setzen sich hiesige Politiker aller Couleur für schnellere Internetverbindungen in unseren ländlichen Gebieten ein. Vor allem im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es besonders viele der sogenannten „weißen Flecken“, in denen die Internetgeschwindigkeit extrem niedrig ist.

Schon im Jahr 2017 präsentierte die Proximus-Konzernführung in Brüssel ihre Strategiepläne zur Verbesserung der Internetqualität. Demnach sollten 19 von 39 „weißen Zonen“ bis Ende 2018 eine VDSL-Versorgung von 80 % erreichen. Dazu gehörten auch die Eifelgemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Des Weiteren wollte Proximus bis 2020 rund 20 Millionen Euro investieren, um die Internetleistung im ganzen Land zu verbessern.¹

Im Oktober 2015 wurden die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich gebeten, eine detaillierte Aufstellung aller Probleme und Schwachstellen im Zusammenhang mit den digitalen Netzverbindungen mitzuteilen, um die gesammelten Informationen gebündelt für das Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den Anbietern lösungsorientiert zu diskutieren. Die Regierung vereinbarte weitere Arbeitstreffen mit Experten von Proximus, um die Bedürfnisse von Bürgern und Unternehmen zu besprechen, mit dem Ziel eine bedarfsgerechte Internetabdeckung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erreichen.²

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wollte den Ausbau der Telekommunikation weiterhin unterstützen, um eine Netzabdeckung für das gesamte Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum Jahr 2020 zu gewährleisten, wobei man, laut Ministerin Weykmans, nicht vergessen dürfe, dass es über die vier betroffenen DG-Gemeinden hinaus auch in weiteren ostbelgischen Gemeinden immer noch punktuelle Probleme gebe, für die ebenfalls passende Lösungen gefunden werden müssten.³

Die Abdeckung des Kupferkabelnetzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konnte von 69 % im Jahr 2015 auf 88,6 % Ende 2019 ausgebaut werden. Trotz allem stellen die Investitionen von Proximus keine dauerhafte und langfristige Lösung für die Problematik der schlechten Netzanbindung in Ostbelgien dar.³

Die Lösung liegt in einer Ausweitung des Netzes bzw. im Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes. Hierzu hat die Regierung einen Dienstleistungsauftrag zur Kostenanalyse und die Erstellung eines *Business Cases* vergeben. Somit könnten sowohl Proximus als auch VOO potenzielle Co-Investoren bei einem zukünftigen Glasfaserausbau in Ostbelgien werden.³

Die Regierung bzw. die Ministerin hielt fest, dass die derzeitigen Investitionen von Proximus in die bestehenden Kupfernetze einen kurzfristigen Lösungsansatz darstellen. Es müsse jedoch eine mittel- und langfristige Lösung für die ostbelgische Bevölkerung angestrebt werden, die nicht in der punktuellen Aufbesserung des bestehenden Netzes liege, sondern in der Errichtung eines flächendeckenden Glasfasernetzes für Ostbelgien.³

Die Corona-Krise stellt uns alle derzeit vor enorme Herausforderungen. Ostbelgische Betriebe, vor allem aus den Eifelgemeinden, erlitten besonders während des Lockdowns, welche dramatischen Auswirkungen es haben kann, wenn die vorhandene Internetverbindung unzureichend ist.

¹ BRF: Schnelleres Internet für die Eifelgemeinden – <https://brf.be/regional/1135081/>

² PFF: Weykmans will Internet verbessern – <https://www.pff.be/2015/11/26/weykman-will-netz-undinternetqualitat-in-der-dg-verbessern/>

³ PFF: MF Frèches: Ausbau VOO-Netzes in der DG – <https://www.pff.be/2020/02/05/ausbau-des-voonetzes-in-der-dg/>

„Kein Land hätte den Lockdown ohne Internet überlebt“, so die drastische Aussage von Italiens Ministerin für Digitalisierung, Technologie und Innovation, Paola Pisano. Diese Aussage trifft vor allem auf kleine und mittelständische Unternehmen zu, die dank des Internets ihre Produkte und Dienstleistungen online verkaufen konnten.⁴

Des Weiteren erwartete man von Lehrern, Schülern und Angestellten im Homeoffice Leistungen zu erbringen, die aufgrund der technischen Gegebenheiten in einigen Gemeinden nicht möglich waren.

Nun erreichen uns Klagen der Bevölkerung, vor allem aus dem Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die über genau diese Problematik berichten. Es handelt sich hier um einen effektiven Standortnachteil. Einige Nachbarländer gehen da einen anderen Weg.

Vor allem unsere Nachbarn in Luxemburg haben beim Ausbau der Glasfaserleitungen die Zeichen der Zeit erkannt. Dort wird nämlich derzeit in Millionenhöhe in die Ausweitung des Glasfasernetzes investiert, um die arg gebeutelte Wirtschaft nach der Corona-Krise anzukurbeln. Das schnelle Internet soll somit bis in die hinterste Ecke gelangen.⁵

Vor dem Hintergrund der vor Kurzem lancierten 5G-Technologie wäre es sinnvoller, den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Qualität der kabelgebundenen Internetabdeckung, anstatt auf eine neue hochfrequente 5G-Technik, zu legen, die dazu womöglich große gesundheitliche Risiken birgt. Darüber hinaus wird der 5G-Mobilfunk, irrtümlicherweise, häufig mit einer verbesserten Verbindungsqualität assoziiert, was aber nicht zwingend der Fall ist!

Aus all diesen Gründen plädiert die Vivant-Fraktion dafür, die Verhandlungen und Beratungen mit Proximus unverzüglich wieder aufzunehmen. Die Kostenanalyse eines Glasfasernetzes sowie die Erstellung eines *Business Cases* dürfen nicht abgewartet werden. Es muss unverzüglich dafür Sorge getragen werden, dass alle Gemeinden in Ostbelgien in absehbarer Zeit über eine leistungsfähige Internetverbindung verfügen können, besonders in Anbetracht der anhaltenden Corona-Krise. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass kein Bürger durch die geografische Lage in seiner beruflichen Existenz abgehängt wird.

Aus diesem Grund appellieren wir an die Regierung, den Netzbetreiber Proximus aufzufordern, angesichts der Corona-Krise, auch kleineren Ortschaften dringend leistungsfähiges Internet zu Verfügung zu stellen.

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann werden gewisse Ortschaften auch in naher Zukunft nicht an das Glasfasernetz angeschlossen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Tatsache, dass der Föderalstaat mit 53,51 % Hauptaktionär von Proximus ist und somit einen gewissen Einfluss auf die Aktivitäten von Proximus hat. Zudem steht er im Besonderen in der Verpflichtung, das gesamte Staatsgebiet mit einem funktionellen Internetzugang abzudecken.

M. BALTER
A. MERTES
D. STIEL

⁴ HEISE ONLINE: Keiner hätte Lockdown ohne Internet überlebt – <https://www.heise.de/news/Keinerhaette-Lockdown-ohne-Internet-ueberlebt-Pandemie-treibt-Governance-an-4781430.html?view=print>

⁵ LW: Ausbau des Glasfasernetzes Luxemburg -

RESOLUTIONSVORSCHLAG

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

in Anbetracht der Tatsache, dass

- zahlreiche Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer noch über ein unzureichend schnelles Internet verfügen;
- die Corona-Krise weiter anhält und zahlreiche Bürger und Unternehmer vor große Herausforderungen stellt;
- die Corona-Krise die Lehrer und Schüler vor potenzielle Komplikationen stellt, da der Online-Unterricht in einigen Ortschaften nicht gewährleistet werden kann;
- die wirtschaftliche Entwicklung auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von guten Internetverbindungen abhängt;
- Kunden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die gleichen Netzgebühren an Proximus zahlen wie Kunden im Inland und sie daher auch den gleichen Service erwarten dürfen;
- kleine Ortschaften nicht benachteiligt werden dürfen und alle dem Gleichheitsprinzip unterliegen müssen;
- keine finanzielle Benachteiligung für Bürger entstehen darf, egal ob sie Hausbesitzer oder Mieter sind;
- keine Benachteiligung für interessierte Bauherren entstehen darf, die aufgrund von schlechten Internetverbindungen in bestimmten Ortschaften auf ihr dortiges Bauvorhaben verzichten;
- keine Benachteiligung bestehen darf in Bezug auf die Niederlassung von Ärzten, Logopäden und Unternehmen, die mangels Internetverbindung bestimmte Ortschaften meiden;

fordert das föderale Parlament und die föderale Regierung auf,

1. sich für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzusetzen, insbesondere da der Staat Belgien Hauptaktionär von Proximus ist;

fordert das Parlament und die Regierung der Wallonischen Region auf,

2. dafür Sorge zu tragen, allen Ortschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen ausreichend schnellen Internetzugang zu gewähren;

beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

3. sich beim föderalen Parlament und bei der föderalen Regierung, bei den regionalen Parlamenten und Regierungen sowie bei Proximus für den Auf- und Ausbau eines Glasfasernetzes oder den Anschluss an ein bestehendes Glasfasernetz für alle Ortschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzusetzen.

M. BALTER
A. MERTES
D. STIEL